

## Kontroversen in der Krisentheorie

### Realwirtschaft in der längeren Frist

1. Für Robert Brenner (2003) sind die 1970er Jahre der Beginn einer langen, bis heute anhaltenden Stagnationsperiode der industriellen Basis der kapitalistischen Metropolen (Herstellungssektor - zur Bedeutung: 100, 122). In den nachfolgenden drei Jahrzehnten gelang es nicht, weltweit aufgetürmte Überproduktion und Überkapazitäten abzubauen, Investitionen nachhaltig zu erhöhen, damit die Produktivität zu steigern und im Ergebnis die Profitraten wieder auf Wachstumsniveaus zu erhöhen. Weder die Revitalisierung des Wachstums in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, noch das Platzen der Spekulationsblase 2000/2001 begründen Aufschwunghoffnungen. "Das Ergebnis ist immer wieder, dass die Profitrate - die letztlich den Schlüssel für jede mögliche Erholung bildet - weiterhin sehr tief nach unten gedrückt bleibt. Im Jahre 2001 ist die Profitrate der nicht-finanziellen Unternehmen um 33% unter ihren Spitzenwert von 1997 gefallen und erreichte damit - mit Ausnahme der Jahre 1980 und 1982 - ihren niedrigsten Stand der Nachkriegsperiode." /33/

Panitch/Gindin (2003) halten dagegen: Die monetaristische Wende der Fed 1982 (Volker-Schock: von 1979-82 kletterten die Realzinsen von -2 auf +7,5%) war der Beginn der Überwindung der Profitkrise: Das BIP-Wachstum lag in den folgenden 20 Jahren mit 2,4% nur einen halben Prozentpunkt unter den Prosperitätsbedingungen der 1960er Jahre, die Produktivitätsentwicklung in den industriellen Kernsektoren stellte das Golden Age gar in den Schatten. /125f./ Nicht eine säkulare Stagnationsperspektive, sondern eine ungleiche regionale Entwicklungsperspektive hat sich Panitch/Gindin zufolge zwischen den kapitalistischen Metropolen aufgetan: "Das Gerede von den gegenwärtigen ökonomischen Problemen der USA übersieht, dass die unmittelbaren Probleme der Stagnation der Weltwirtschaft vor allem mit der Unfähigkeit Japans und Deutschlands zu tun haben, ihre lahmen Ökonomien wieder in Schwung zu bringen. Und das wirft erneut die Frage nach den 'schwachen' und 'starken' Staaten auf." /137f./

2. Was also ist seit den frühen 1980er Jahren passiert, dass die Bewertungen der faktischen Prozesse derart auseinander laufen? Im Mittelpunkt stehen die Entwicklungen des Fixkapitals, der Produktivität, der Profitraten und des Finanzkapitals.

2.1. Panitch/Gindin zufolge gelang es dem US-Staat im Verlauf der 1980/90er Jahre, die Überakkumulation durch Vernichtung und Entwertung von Kapital weitgehend abzubauen (Verdoppelung der Unternehmenszusammenbrüche). /129f./ Zugleich wurde das Erschlaffen der Produktivität gestoppt und mit der "Digitalisierung der Ökonomie" /133/ eine Trendwende erreicht. Die New Economy erweist sich ihrer Beobachtung nach als Zwischenetappe produktiver Rekonstruktion; die vor allen in den USA entwickelten technologischen Innovationen werden ihre Überlegenheit künftig erst noch erweisen ("Dieses Potenzial wurde bisher nur ansatzweise genutzt." /135/). In den 1980er Jahren setzte ein zunächst stockender, gegen Ende des Jahrzehnts dann aber bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre kontinuierlicher Anstieg der Profite ein. /133/

Die "Politik des knappen Geldes" und die Deregulierung der Finanzmärkte beförderten die Revitalisierung der Realökonomie: "Die strukturelle Macht des amerikanischen Finanzkapitals konnte dazu beitragen, globale Ersparnisse für deren Verwendung in den USA zu mobilisieren. Gleichzeitig konnte der neoliberale Disziplinierungsdruck keinen besseren Verbündeten finden als jene Kapitalfraktionen, die dorthin gehen wollten, wo die Erträge am höchsten sind." /132f/

2.2. Folgt man Brenners Darstellung, dann schießen Panitch/Gindin übers Ziel hinaus. Er bestreitet nicht, dass es temporär immer wieder zu Kapitalvernichtung bzw. -entwertung gekommen ist /85ff./, nachdem - und hier sind sich Brenner und Panitch/Gindin einig - eine Politik keynesianischer Stabilisierung der Kapitalakkumulation (und das heißt der Konservierung von Fixkapital) gescheitert war. Doch der Zustand säkularer Stagnation existiert im globalen Kontext (Triade plus newly industrialized countries) und kann auch nur global überwunden werden. Kapitalvernichtung in einer Region der Triade führt dort im günstigen Fall zu einer Verbesserung der Produktivitäts- und Profitbedingungen, die zu einer Verbesserung der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsstärke führen und damit die Existenz von überschüssigem Kapital in den anderen Regionen perpetuieren und vergrößern. /294/ (Hinzu kommt die temporäre Bindung des Fixkapitals, was ein schnelles Wechseln in neue Branchen behindert.[1]) Überkapazitäten halten die Profitrate in den kapitalistischen Metropolen weiter gedrückt und verhindern damit eine Rückkehr zu einer globalen Wachstumskonstellation.

Der zweite Punkt der Kontroverse bezieht sich auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen. Unstrittig sind die diesbezüglichen Wirkungen massiven Drucks auf die Löhne (und das Verschwinden der Gewerkschaften in die Bedeutungslosigkeit) und radikaler Steuersenkungen. Hinzu kamen die segensreichen Wirkungen der

Dollarabwertung (im Zuge des Plaza-Abkommens 1985 und nachfolgender "freiwilliger" Exportbeschränkungen vor allem Japans). Die entscheidende Frage ist, ob im Zuge dieser Entwicklungen tatsächlich eine Erneuerung und Restrukturierung der produktiven Basis gelang, die die Position der USA in der globalen Konkurrenz ab Mitte der 1980er Jahre schrittweise verbesserte. Brenner bezweifelt dies und betont, "dass nur ganz wenig an dieser historischen Trendumkehr auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit oder andererseits auf den damit einhergehenden Anstieg der Profitrate im verarbeitenden Gewerbe oder auf die Unterschiede im Produktionswachstum zwischen den Volkswirtschaften der beteiligten Länder zurückzuführen war oder auch auf eine Beschleunigung im Wachstum der Produktivität des verarbeitenden Gewerbes in den USA vor 1994. Fast alles erklärt sich aus Unterschieden in den Lohnzuwächsen und im Wechselkurs." /95/

Brenner zufolge entdeckten die USA erst 1994 den Pfad wirtschaftlicher Dynamik. Er führt dies auf den definitiven Übergang zu einer monetaristischen Austeritätspolitik unter Clinton/Rubin zurück, die zwar (parallel zur Vorbereitung der Währungsunion in Europa) die Binnennachfrage zunächst wegbrechen ließ.[2] "Das gesamte Programm der Clinton-Administration war ... darauf fixiert, das Wachstum von Löhnen und Preisen zu verringern - und was konnte dann wirksamer sein... als eine schleppende Entwicklung der Nachfrage? Die Abbremsung von Löhnen und Preisen war die wesentliche Voraussetzung für eine Fortsetzung der Wiederbelebung der Wettbewerbsfähigkeit und Profitabilität im verarbeitenden Gewerbe, sowie auch dafür, angesichts eines schwindenden internationalen Wettbewerbs ein von Investitionen getriebenes und exportorientiertes Wachstum aufrechtzuerhalten ..." /157/ Kurzum: Die Schwächung der Binnennachfrage in den USA wurde überkompensiert durch das Wachstum der Exporte und davon ausgelösten steigenden Investitionen, die den Weg für weitere Produktivitätsfortschritte ebneten, und ihrerseits den Boden für ein von den Investitionen getragenes Binnenmarktwachstum lieferten.

Das liest sich wie in Erfüllung gegangene Schulbuchökonomie. Den Rückschlag brachte ein "umgekehrtes Plaza-Abkommen": Die anhaltende Dollar-Abwertung hatte die Konkurrenten - vor allem Japan - an den Rand des industriellen Absturzes gebracht, was 1995 durch eine zwischen Washington, Tokio und Frankfurt koordinierte Aufwertung korrigiert werden sollte. "Die Volkswirtschaft der USA gab damit den entscheidenden Konkurrenzvorteil auf... In gewisser Weise begünstigte also die Clinton-Administration ... die Lieferanten von ... Geldverleihern und Börsenspekulanten auf Kosten der Hersteller. Womöglich haben sie daran geglaubt, dass ein deutlich verschlanktes und zunehmend wettbewerbsfähigeres verarbeitendes Gewerbe in den USA jetzt einem erneuten Anstieg des Dollars erfolgreich würde standhalten können." /161/ - ein "Glücksspiel" /162/, das die Erholung der Profitrate im Herstellungssektor beendete, die Spannung zwischen Unternehmensgewinnen und Wertpapierpreisen zum Reißen brachte, Investitionen und Konsum auf dem Strom der Spekulation mitriss und damit in einer Krise münden musste, "welche dann 1997-98 zuerst Ostasien, dann Japan und schließlich die USA selbst verschlingen sollte." /163/

Brenners Fazit: Es sind die im Überschwang der New Economy aufgebauten Überkapazitäten, die ein Heben der von Panitch/Gindin gesichteten technologischen Schätze verhindern /264f/, indem sie die Profitrate nach unten drücken. Deren Vernichtung steht bis heute aus.

3. Das Resultat ist kurios. Kern der Differenzen ist die Frage der Erneuerung der produktiven Basis: akkumulationstheoretisch gesprochen in der Schaffung neuer Grundlagen für ein beschleunigtes Kapitalwachstum, formationstheoretisch gesprochen in der Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise bzw. eines entsprechenden Regulationszusammenhangs. Doch beide Positionen verschieben das Terrain: für Panitch/Gindin ist die Rolle des Staates der Dreh- und Angelpunkt der weiteren Entwicklung,[3] für Brenner weniger dezidiert die politische Intervention, wobei die Eckpunkte dieselben sind: Bretton Woods, Volker-Schock, Plaza-Abkommen, Clintons Austeritätspolitik.

Kurios ist dann wiederum, wie wenig sich zu den politischen Alternativen verhalten wird. Der gesamte Keynesianismus wird gleichsam nach rechts hin abgeschrieben, wobei ihm eine ökonomisch dysfunktionale Rolle zugeschrieben wird: Kapitalsubvention wo Kapitalentwertung erforderlich ist. Die Bedeutung der privaten und öffentlichen Nachfrage gerade in Zeiten nicht mehr beschleunigter Kapitalakkumulation wird von beiden Betrachtungsweisen her nicht ausgeleuchtet. Hinsichtlich der Bedeutung gerade für den US-Markt erstaunt dies um so mehr. Statt dessen wird die Lohndrückerrolle neoliberaler Politik für die Erholung der Profite als Ausgangspunkt für einen von den Investitionen getragenen Aufschwung hervorgehoben.

An dieser Stelle fällt auf, dass der mittelfristigen Periodisierung der Kapitalakkumulation keine signifikante Bedeutung beimessen wird.[4] Man hangelt sich von Krise zu Krise, aber das charakteristische Verlaufsmuster des Konjunkturzyklus spielt dabei keine Rolle (damit auch nicht die Zyklus-Debatte: Investitions-, Lager-, M- etc.- Zyklus). Nach unseren eigenen Debatten ist dies aber für die Rolle von Investitionen und politischen Interventionen von Bedeutung. Erstens, weil bis heute sich in der Investitionsbewegung dieses charakteristische Verlaufsmuster der Akkumulation niederschlägt. Zweitens, weil die Zyklen selbst in die längerfristige Entwicklung der Kapitalakkumulation einzuordnen sind, d.h.: der "klassische" Investitionszyklus, der den unteren Wendepunkt mit einer konzentrierten Neuanlage von fixem Kapital abschließt, ist die bestimmende Bewegung beschleunigter

Kapitalakkumulation bzw. des bis in die erste Hälfte der 1970er Jahre dominanten Akkumulationsregimes. Für darauffolgende Entwicklungsperiode bedeutet dies drittens, dass unter Bedingungen nicht mehr beschleunigter und tendenziell stagnierender Akkumulation - d.h. nicht mehr die gesamte Entwicklung bestimmender Neuanlage von Fixkapital[5] - politisch direkter beeinflussbare Faktoren ( Fiskal-, Geld-, Währungs- und Außenwirtschaftspolitik, Lohnpolitik) relativ stärker den Gang der Entwicklung beeinflussen - aber immer noch auf der Grundlage eines zyklischen Akkumulationsverlaufs: in der BRD-Entwicklung ist dies bis heute die Auslandsnachfrage, oder mit negativen Effekten die öffentlichen Investitionen.[6] Insofern ist es nicht weltfremd, die Rolle von Politik und Staat - damit von sozialen Auseinandersetzungen um die Verteilungsgrößen - höher zu bewerten. Aber erstens müsste dabei eine Verständigung über die Grundlage - Zyklus - und zweitens über die Schwäche der Neuanlage von Kapital gesucht werden - womit man wiederum beim Thema Überproduktion/-kapazitäten ist.

4. Brenner hält entschieden daran fest, dass der Profit das Steuerungszentrum der kapitalistischen Ökonomie ist, deren Entwicklung also anhand der Profitrate zu rekonstruieren ist. Der Zustand der Überproduktion/-kapazität ist bei Brenner grob gesprochen dann erreicht, wenn Kapital sich zu einer gegebenen Profitrate nicht mehr verwerten kann (Brenner 1998). Mit dem Fall der Profitrate verallgemeinert sich der Zustand der Überproduktion; umgekehrt, wenn es gelingt, die Profitrate (s.o.: Produktivitätsgewinne, Lohnsenkungen, Steuererleichterungen für das Kapital, Außenhandel etc) wieder zu erhöhen.

Damit sind aber eine Reihe von Problemen aufgeworfen. Erstens die Einschätzung der gesamten Nachkriegszeit, in der die Profitrate (unisono bei allen unterschiedlichen Berechnungen) fällt, d.h. von Zyklus zu Zyklus Kapital mit einer geringeren Verwertung akkumulieren muss. Brenners Definition zufolge ergäbe dies einen Zustand permanenter Überproduktion/-kapazität. Unser eigener Ansatz geht weiter: der Fall der Profitrate wird kompensiert durch die zunehmende Masse des Profits unter der Bedingung der Vermehrung produktiver Arbeit, d.h. beschleunigter Akkumulation. Damit begibt man sich in Größen der Wertrechnung, die nicht Gegenstand der Betrachtungen von Brenner und Panitch/Gindin sind.

Umstritten[7] ist - zweitens - die Entwicklung der Profitrate nach dem Golden Age: Panitch/Gindin und Brenner konstatieren für die USA seit Anfang der 1980er Jahre einen Anstieg, der aber nicht mehr Prosperitätsbedingungen erreicht; die Rückgänge in den Krisen 180-82, 1997, 1991-93, 1997 stellen für Brenner jeweils Rückfälle in die Überproduktion dar (das hier erkennbare zyklische Muster findet nicht sein Interesse, s.o.). Für die BRD weist Brenner nach einer kurzen Stabilisierung oder leichten Erholung einen erneuten Absturz in der Krise der frühen 1990er Jahre aus. Dieser Verlauf deckt sich weitgehend mit der Wertrechnung der SOST (Krüger 1998: 31). Demzufolge kommt in der Entwicklung der Profitrate des BRD-Kapitals die Steigerung der Mehrwertrate und entsprechend der Masse des angeeigneten Profits zum Ausdruck; allerdings führt dies nicht zu einer Erhöhung der Akkumulationsrate (und damit der vermehrten Attraktion produktiver Arbeit)[8] - hier sind wir beim Kern dessen, was in der Wertrechnung als Überakkumulation bezeichnet werden kann. Auch wenn Brenner sich nicht der Kategorien der Wertrechnung bedient, stimmen doch die Befunde überein: dass die Verbesserung (USA bzw. Stabilisierung (BRD) der Verwertungsbedingungen des Kapitals seit den 1980er Jahren nicht auf eine nachhaltige Steigerung der Produktivkräfte, sondern auf die höhere Ausbeutung infolge stärkerer Lohndrückerei, verlängerter und intensiverer Arbeit zurückzuführen ist - wobei temporär in den USA und über die ganze Zeit für die BRD die Aneignung von Teilen des Wertprodukts von konkurrierenden Nationalkapitalen hinzu kommt.

5. Panitch/Gindins (2003: 138) Botschaft ist doppelter Art: erstens: "Eine alternative Politik sollte sich nicht darauf verlassen, dass das 'amerikanische Modell' gegenwärtig an Glanz verliert." Zweitens: US-Hegemonie entfaltet sich aber weniger als globale, auf multilateralen Konsens orientierte Führung, denn auf Dominanz: "In den jüngsten Spannungen zwischen Europa und den USA geht es um die Rolle des amerikanischen Staates; denn dieser handelt im partikularen Interesse des amerikanischen Staates und nicht im Interesse des globalen Kapitals."

In der Folge von Brenner stellt sich die Steuerungsfähigkeit auch des US-amerikanischen Staates komplizierter dar. Mit den veränderten Verteilungsverhältnissen von Gewinn und Zins im Shareholder Kapitalismus, der seine Bubble eben nicht beseitigt hat, sondern weiter hervortreibt, ist der Profit als Regulator der Akkumulation und damit diese selbst geschwächt. Brenner selbst enthält sich politischer Schlussfolgerungen. Folgt man seinem Ansatz, wäre eine innerhalb der Trade/G7 koordinierte Politik der kontrollierten Kapitalentwertung erforderlich: des Finanzkapitals wie im Bereich der Realökonomie. Die politischen Kräfte, die dies ins Werk setzen und durchhalten können, hat er wohl auch nicht nicht gesichtet. Vielleicht rührt seine auffallende Enthaltung politischer Kommentierung daher, dass er die "große Krise" nicht an die Wand malen will - sie aber bereits deutlich vor Augen hat.

#### Literatur

Bischoff, Joachim (2001): Mythen der New Economy. Zur politischen Ökonomie der Wissensgesellschaft, Hamburg.  
Der. (2004): Kerry statt Bush - vor einem Hegemoniewechsel? Entwicklungstendenzen in Ökonomie und Politik der USA, in: Sozialismus 3/2004, S. 23ff., Hamburg.  
Brenner, Robert (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg

Ders. (2004): Neuer Boom oder neue Bubble?. Ist der gegenwärtige Aufschwung der US-Wirtschaft eine Seifenblase?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2004.

Gindin, Sam (2000): Turning Points and Starting Points: Brenner, Left Turbulence and Class Politics, in: Socialist Register 2001, S. 343ff., London.

Harvey, David (2003): The New Imperialism, Oxford.

Huffschild (2004) in: Karrass, Anne/Schmidt, Ingo u.a., Europa: lieber sozial als neoliberal, Attac Basis Texte 11, Hamburg.

Krüger, Stephan (1998): Konjunktur und Krise. Bundesrepublik 1950-1997: Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/1998, Hamburg.

Panitch, Leo/Gindin, Sam (2003): Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus, in: Beckmann/Bieling/Deppe (Hrsg.), "Euro-Kapitalismus" und globale politische Ökonomie, Hamburg.

[1] Dies ist der Anschluss an die Untersuchungen von David Harvey.

[2] Zum Vergleich Bischoff 2004: 25ff.

[3] Wobei Gindin (2000: 344) Brenner noch eine Unterschätzung der politischen Determination der ökonomischen Entwicklung vorwirft und seinen Ansatz als "analytic retreat from historical materialism to a left economism" charakterisiert.

[4] Siehe Bischoff 2001: 56, 78.

[5] In Deutschland ist insbesondere im Aufschwung des 6. Zyklus (1995), des 8. (1986/7) und des 10. Zyklus die Investitionsbewegung sehr schwach und von kurzer Dauer.

[6] Aus unseren Untersuchungen über die Überakkumulation in Deutschland ergibt sich, "dass sich das Wachstum des Wertprodukts (preisbereinigt) seit den 80er Jahren, d.h. ab dem 8. Zyklus, hauptsächlich aus Produktivitätsgewinnen des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt ergibt und nicht aus einer Steigerung der in der Binnenwirtschaft verausgabten produktiven Arbeit." Krüger 1998: 25.

[7] Dies bezieht sich beispielsweise auf die Berechnung der Profitraten im 15er Europa von Huffschild, der zufolge das Niveau der zusammengefassten Profitrate ab Mitte der 1990er Jahre oberhalb der Prosperitätsverhältnisse der 1960er Jahre zu liegen kommt.

[8] Das in der Bundesrepublik (alt) verausgabte produktive Arbeitsvolumen überschreitet bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre nicht mehr das Niveau des 7. Zyklus (1976-82).

Quelle: [https://www.wissentransfer.info/nc/unsere\\_themen/details/artikel/kontroversen-in-der-krisentheorie/](https://www.wissentransfer.info/nc/unsere_themen/details/artikel/kontroversen-in-der-krisentheorie/)